

(Berichterstatter Abg. **Nischke** [Leupisch].)

- (A) Zu berücksichtigen ist auch ferner, daß die Steuerleistung für den Fall des Bahnbaues eine Steigerung erfahren wird, eine Erscheinung, die doch sonst dem Finanzministerium nicht unangenehm ist. Die Aufgaben, die an die Leistungsfähigkeit der kleineren Gemeinden gestellt werden, werden immer größer, und es muß alles getan werden, um sie auch finanziell zu kräftigen und in den Stand zu setzen, den Anforderungen, die nun einmal gestellt werden, gerecht zu werden. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß sich dieser Petition außer einer ganzen Reihe von Spezialinteressenten noch die Städte Colditz, Merchau, Golzern, Groitsch, Leisnig, Trebsen, Pegau, Borna und Hartha angeschlossen haben.

Die Regierung begründet nun ihren bisherigen Standpunkt damit, daß sie sagt: die Anregung nach baren Baubeiträgen ist erst aus der Mitte der Kammer gekommen. Im vorigen Landtage bei Beratung desselben Gegenstandes hat der damalige Finanzminister Herr Dr. v. Rüger ausgeführt:

„Meine eigene finanzielle Phantasie würde wahrscheinlich gar nicht dazu ausgereicht haben, von Beiträgen der Interessenten zu sprechen, wenn nicht aus der Mitte der Kammer selbst ein dahingehender Wunsch an die Regierung gebracht worden wäre.“

- (B) Und weiter heißt es dann, daß man von den Beiträgen nicht absehen könne

„aus dem Grunde, weil sie von den Kammern selbst als berechtigt anerkannt worden sind“.

Dieser Standpunkt ist auch im letzten Eisenbahndekret vertreten worden. Aber ich gestatte mir doch, in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam zu machen, daß schon eine ganze Reihe viel besserer Anregungen aus der Kammer gekommen sind, ohne daß ihnen die Königl. Staatsregierung mit einem solchen Eifer nachgegangen ist wie in diesem Falle. Die Königl. Staatsregierung wird sich durchaus nichts vergeben, wenn sie ihren Standpunkt, den sie vielleicht nach und nach auch als einen nicht ganz richtigen erkannt hat, aufgibt. Ich bitte daher, daß die Königl. Staatsregierung von weiteren Forderungen zurücktritt, daß sie ferner dazu übergeht, die Vorarbeiten schnell zu Ende zu führen, und in den nächsten Etat Mittel einstellt, um endlich einmal diesem längst gefühlten Bedürfnis Rechnung zu tragen. Des Dankes der beteiligten Kreise darf die Königl. Staatsregierung versichert sein.

(Bravo!)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Finanzminister.

**Staatsminister v. Seydewitz:** Meine Herren! Es wird vielleicht zur Abkürzung der Debatte beitragen, wenn ich schon jetzt das Wort ergreife, ehe die übrigen Herren Redner zum Worte gekommen sind. Ich möchte zunächst vorausschicken, daß die Regierung dem Projekt Borna-Lausigk-Großbothen ebenso objektiv gegenübersteht wie allen anderen, und es trifft nicht zu, wenn hier gesagt worden ist, sie habe hier mit Eifer Schwierigkeiten gesucht, um dieses Projekt nicht zur Ausführung zu bringen. Dem ist doch nicht so.

Die Regierung verkennt keineswegs, daß dieses Projekt für gewisse Kreise von Vorteil sein wird. Aber andererseits ist doch nach den angestellten Berechnungen anzunehmen, daß die Bahn in keiner Weise eine Rente bringt, ja daß sie nicht einmal die Betriebskosten decken wird. Sie werden es daher der Staatsregierung wohl zugute halten können, wenn sie nicht ohne weiteres an dieses Projekt herantritt, denn es muß immer überlegt werden, ob es wirklich verantwortet werden kann, zu Lasten der Allgemeinheit eine Bahn zu bauen, die voraussichtlich nicht einmal die Betriebskosten bringen wird.

Nun möchte ich hier noch einmal auf die Frage eingehen, wie es denn gekommen ist, daß die Regierung außer der unentgeltlichen Hergabe des Areals noch bare Beiträge verlangt hat. Die Regierung wollte das Projekt zunächst nur zur Kenntnis annehmen. Als aber von den Interessenten betont wurde, daß das Projekt doch recht dringlich sei, wurde aus der Mitte der Finanzdeputation B selbst, um die Dringlichkeit zu erweisen und diesem Projekt einen Vorzug vor anderen Projekten zu erringen, vorgeschlagen, bare Beiträge neben dem Areal von den Interessenten zu verlangen; es sollte eben auf diese Weise eine ausnahmsweise Behandlung gerade dieser Linie gerechtfertigt werden. Dabei sollten die Beiträge insbesondere von den Kohlenwerken beschafft werden, in deren Interesse ja in erster Linie die Bahn gelegen sein würde. Die Kohlenwerke in Borna liegen bekanntlich bereits jetzt an der Staatseisenbahn; sie haben gute Verbindung nach Leipzig und andererseits auch nach Chemnitz. Sie wünschen aber noch einen näheren Absatzweg nach Osten zu erhalten. Das war der Hauptgrund, der für das Bahnprojekt geltend gemacht wurde.

Diese aus der Mitte der Deputation gekommene Anregung wurde von der Regierung aufgegriffen,